IV. JAHRGANG

JÜDISCHE PRESSZENTRALE ZÜRICH

ZENTRAL-INFORMATIONSSTELLE FÜR DAS GESAMTE JÜDISCHE PRESSEWESEN

Redaktion und Verlag:
OSCAR GRÜN
ZURICH, SCHWEIZERGASSE 8
POSTFACH BAHNHOF - TEL.: SELN. 28 75

JEWISH PRESS NEWS ASSOCIATION

Jahresabonn. Inland Fr. 12.—, halbj. Fr. 6.—, viertelj. Fr. 3.50
Ausland Fr. 15.—, Amerika 5 Doll. Erscheint wöchentlich



Offices in America:
NEW-YORK, 119 Nassau St.
PITTSBURGH, Pa. 903 Bluff St.
CHICAGO, ILL. 805 S. Marsfield

AGENCE CENTRALE DE LA PRESSE JUIVE

Postcheck-Konto VIII 5166
Telegramm-Adresse: „PRESSCENTRA ZÜRICH"

Nummer 153 | 22. Juli 1921 | ט"ז תמוז תרפ"א | Einzelnummer 50 Cts.

Abdruck nur gegen Quellenangabe

Das Palästinamandat.

Wie Sokolow in Prag mitgeteilt hat, hat ihn Balfour, den er am 1. Juli sprach, versichert, dass er mit seiner ganzen Energie die Frage des Palästinamandates auf der Völkerbundssitzung, die im Sept. stattfinden wird, unterstützen werde. Höchstwahrscheinlich werde auf dieser Sitzung im September die Mandatsfrage endgültig erledigt werden, umsomehr, als diesbez. keine Meinungsverschiedenheiten zwischen England und Frankreich bestehen. Laut dem „Najen Hajnt" fordern auch Churchill und Samuel die eheste Erledigung des Palästinamandates, da dies günstig auf die Pazifizierung Palästinas einwirken werde.

Samuel und die arabische Europa-Delegation.

Der palästinensische Mitarbeiter der „J.P.Z." teilt mit: Die Jaffaer arabische „Palestine" berichtet über Aeusserungen Samuels gegenüber den um Ausreiseerlaubnis ansuchenden Mitgliedern der arabischen Europa-Delegation. Samuel erklärte u. a., dass er bei der engl. Regierung wegen deren Stellungnahme 2 Mal telegraphisch angefragt habe und vom Kolonialministerium sei ihm eine Antwort zugegangen, die sich mit seiner Deklaration vom 3. Juli vollkommen decke, die ebenfalls nach Einvernehmen mit dem Kolonialministerium erfolgt war. Sie umfasste Erläuterungen zur Balfour-Deklaration, die so viel Missverständnis hervorgerufen hatte und auch Angaben, was die Regierung zur Wahrung der Rechte der nichtjüdischen Bevölkerung tun wolle. Wenn viele noch unzufrieden sind, so liege der Grund darin, dass sie an eine Regierung gewöhnt waren, die zu versprechen, aber nicht zu halten pflegte. Die engl. Regierung sei ganz anders. Sowohl er als Churchill hätten bereits mehrfach erklärt, dass an den Grundlagen der Balfour-Deklaration nicht zu rütteln sei, wie auch, dass die Einwanderung nach Palästina nicht eingestellt werden könne. Diese Einwanderung wird in Uebereinstimmung mit den von ihm erwähnten Beschränkungen vor sich gehen und er glaube, dass sie erfolgen könne, ohne irgendwie Muselmanen und Christen Schaden zu bringen. Er wolle der Reise der Delegation keine Schwierigkeiten in den Weg legen, aber er müsse betonen, dass die engl. Regierung auch heute noch auf demselben Standpunkt stehe wie vor 6 Monaten und dass jede Diskussion über die Balfour-Deklaration zwecklos sei. Der Kolonialminister könne die Delegation nicht offiziell empfangen wie es bei Vertretern von Regierungen der Fall ist, sondern nur als Abordnung von Parteien; auch sei sie nicht auf Grund allgemeiner Wahlen hervorgegangen. Auch die Regierung würde eine Verständigung mit den Arabern sehr gerne sehen, aber so lange das Bestreben auf Annullierung der Balfour-Deklaration gehe, sei jede Annäherung und gemeinsame Arbeit unmöglich.

Zum Wiederaufbauwerk des Joint.

Interview der „J.P.Z." mit Morris Engelman, New York.

Auf der Reise nach Ungarn und der Slovakei weilte das Exekutivmitglied des „Joint Distribution Committee", das im Oktober von neuem eine 14 Millionen Dollar Sammlung für Wiederaufbauzwecke in Europa vornehmen wird, (s. „J. P. Z." Nr. 149) und Finanzsekretär des „Central-Relief Committee", Mr. Morris Engelman, (s. „J.P.Z." Nr. 152) einige Tage in Zürich, wo er bez. der Art der Weiterführung der amerikanischen Hilfsaktion in Europa, wie sie von ihm gedacht ist, dem Herausgeber der „Jüdischen Presszentrale Zürich" nachstehende Mitteilungen machte.

Der Zweck seiner Reise nach Ungarn und der Slovakei sei vornehmlich die Verhältnisse an Ort und Stelle zu prüfen. Der Grundsatz, dass die von Amerika gespendete Hilfe nicht mehr wie bisher ausschliesslich zur Linderung momentaner Not, sondern hauptsächlich zu wirtschaftlichen Wiederaufbauzwecken und zur Schaffung von Existenzmöglichkeiten für die durch den Krieg und seine Nachwehen in Not Geratenen Verwendung finde, bricht sich immer mehr Bahn. Was nun die einzelnen Lokal-Komitees in Europa anbelangt, so ist es wünschenswert, dass endlich ein für allemal davon Abstand genommen wird, bei der Bildung dieser Komitees auf die Zugehörigkeit der einzelnen Personen zu den verschiedenen jüdischen Parteien zu achten, respektive Parteiorganisationen als solchen Verfügungsrechte über die Verteilungsgelder einzuräumen. Die Gefahr liegt da nahe, dass entweder die Gelder zum Teil zu parteipolitischen Zwecken verwendet werden oder zumindest bei der Verteilung eine gewisse politische Pression ausgeübt wird. Die Kontrolle dieser einzelnen Verteilungskomitees durch Delegierte aus Amerika hat sich auch nicht immer bewährt, insofern man nicht auch auf das Abstammungsland dieser einzelnen Delegierten geachtet hat. Nicht nur sind diese Delegierten zum Teil psychologisch anders eingestellt als die Massen in denjenigen Ländern, wo sie die Verteilung beaufsichtigen oder selbst vornehmen sollten, sondern auch in Fällen, wo man solche Amerikaner, die selbst aus Europa stammen, nach Europa entsandt hat, hat man nicht genügend darauf geachtet, dass sie gerade in jene Länder entsandt werden, aus denen sie selbst stammen. Die Psyche der Masse ist eben ein feines Instrument, auf dem man zu spielen verstehen muss und mit einer einfachen, schablonenhaften Verwendung der Gelder ist noch längst nicht alles getan. Wenn auch ein allgemeiner grosser Wiederaufbauplan im grossen und ganzen für Zentral- u. Osteuropa sich eignen kann, so muss er doch in den einzelnen Ländern mehr oder weniger den dort herrschenden Verhältnissen angepasst werden. Diese Verhältnisse sind keineswegs nur äussere, die ein begabter Mensch, stamme er auch aus der Ferne, nach kurzem Studium richtig einzuschätzen

lernt, sondern vielfach so sehr mit der Psyche der einzelnen Juden in den verschiedenen Ländern verbunden — und wer würde es leugnen, dass bei all dem Gemeinsamen das die Juden, speziell die Ostjuden, eint, doch so viele Verschiedenheiten in den inneren und äusseren Verhältnissen vorhanden sind — dass nur jemand, der selbst aus dieser Masse hervorgegangen ist, imstande ist, das einzig Richtige zu treffen und die Mentalität der betreffenden Landesbewohner richtig einzuschätzen und als wichtigen Posten in sein Kalkül einzusetzen. Es wäre daher angebracht, dass in Amerika die Spender sich nach ihren betreffenden Ursprungsländern organisieren, z. B. die aus Polen stammenden Amerikaner, die aus Ungarn stammenden Amerikaner, die aus Rumänien stammenden Amerikaner usw. Alle gesammelten Gelder werden an eine gemeinsame Kasse, die des J.D.C. abgeführt. Das „Joint Distribution Committee“ beschliesst auf Grund der Berichte seiner Delegierten über die den einzelnen Ländern in Europa zuzuweisenden Subsidien. Eben diese erwähnten Delegierten haben womöglich nur über ein Land zu berichten, aus dem sie selbst hervorgegangen sind, dessen Verhältnisse sie also genau kennen, resp. leicht kennen lernen können. Ebenso soll mit der Beaufsichtigung der einzelnen europäischen Lokal- resp. Territorial-Komitees wieder nur ein Delegierter betraut werden, der diesem Territorium entstammt. Ich hoffe, dass bei dieser Ordnung der Dinge ein Teil der Kritiken, die aus Europa gegen die Arbeit des Joint erhoben worden sind, zum Schweigen kommen werden.

Aber mit dieser von Amerika zu leistenden Hilfe ist noch lange nicht alles getan. Wir müssen endlich energisch verlangen, dass alle diejenigen in den notleidenden Ländern Europas, die dazu imstande sind, sich auch selbst an dem zu leistenden Wiederaufbauwerke beteiligen. So, aber auch nur so, wird Amerika auch fernerhin in seinem Hilfswerke nicht erlahmen. Ein für allemal muss aber dem ein Ende gemacht werden, dass Ost- und Zentral-Europa sich ausschliesslich auf die Hilfe von Amerika verlassen, während die dortigen Reichen — und es gibt deren wahrlich genug — mit verschränkten Armen zusehen, wie ihre Brüder in Not und Elend vegetieren oder sogar zugrunde gehen. Ausserdem werden dann die wohlhabenden Juden Ost- und Zentral-Europas, wenn sie selbst grössere Mittel dem Hilfswerke zur Verfügung gestellt haben werden, mit ganz anderem Interesse sich auch an der Verteilung und Verwendung der Gelder beteiligen, und da sie wohl am besten die lokalen Verhältnisse kennen mit dazu beitragen, dass dieser bisher wundeste Punkt des ganzen Hilfswerkes sich wesentlich bessere. Damit wären zwei wichtige Probleme berührt. Als drittes kommt noch hinzu, dass die anderen europäischen Länder, die keineswegs der Hilfe bedürfen, jedoch selbst solche gewähren können endlich aufhören, sich auf Amerika als den reichen Onkel von jenseits des Ozeans zu verlassen und auch ihrerseits daran gehen, nach Kräften ihren in Not geratenen Brüdern Beistand zu leisten. Auch in diesen Ländern, wie z. B. in England, Frankreich, Holland, Schweiz usw., müssten ehestens Komitees gebildet werden, die in ihrer Sammeltätigkeit die ganze dortige Judenheit, die zu spenden in der Lage ist, erfassen und so auch ihrerseits für das im Osten so notwendige Wiederaufbau-Hilfswerk beträchtliche Mittel zur Verfügung stellen. Wenn einmal dies der Fall ist, glaube ich, wird sich auch leicht ein Modus finden für eine Verständigung dieser Länder mit Amerika, resp. dem Joint über eine gemeinschaftliche Verwendung der Gelder, um auf diese Weise einer Doppelspurigkeit zu entgehen und einen weiteren kostspieligen und so schwer aus den entsprechenden Persönlichkeiten sich zusammenzusetzenden Apparat zu ersparen. Selbstverständlich müsste erwartet werden, dass diese europäischen Länder nicht nur mit Geldmitteln aushelfen, sondern auch geeignete Persönlichkeiten für das Hilfswerk stellen; diese geniessen übrigens den Vorzug, dass sie den notleidenden Ländern näher und also mit deren Verhältnisse genauer vertraut sind. Nur bei Berücksichtigung dieser drei erwähnten Hauptpunkte wird es möglich sein, die rekonstruktive Hilfe erfolgreich durchzuführen und unseren so sehr in Not geratenen Brüdern wieder zu einer halbwegs menschenwürdigen Existenz zu verhelfen. Dass dies ehestens geschehe, ist unser aller sehnlichster Wunsch.

Die Sitzung des A.C. in Prag.

Ueber die Verhandlungen der weiteren Sitzungstage berichtet das Pressbüro des A. C. u. a.: Im Laufe des ganzen Dienstag wird die Diskussion fortgesetzt und in erster Reihe die Araberfrage besprochen, im Zusammenhange damit auch der Antrag von Jabotinsky (Wiedererrichtung der Legion) diskutiert. Böhm betont die unbedingte Notwendigkeit einer Verständigung mit den Arabern. Katznelson (Achduth Haawodah) weist darauf hin, dass auf Seiten der jüd. Arbeiter die ehrlichste Absicht bestehe, gute Beziehungen zu den Arabern zu schaffen. Er kritisiert die Haltung Samuels und betont, dass bei den letzten Vorgängen Militär und Polizei die Hauptrolle gespielt haben. Samuel habe bei drei Gelegenheiten unberechtigter Weise das Schlagwort von Bolschewismus mit der jüd. Sache in Verbindung gebracht. Sokolow setzt in ausführlicher Rede seine Anschauungen über die politischen Fragen, insbesondere die Frage des Oberkommissärs, die Araberfrage, die Politik gegenüber Frankreichs und dem Vatikan, sowie seine Anschauungen in der Frage des militärischen Schutzes Palästinas auseinander. In einer zweistündigen Rede erwidert Jabotinsky auf die Einwendungen, die gegen seine Vorschläge gemacht worden sind und bezeichnet diese als Nachklänge des „Kleinzionismus“, die zum Teil vom Kulturzionismus, zum Teil vom Territorialismus herrühren. Die erste Voraussetzung für jede Arbeit in Palästina sei die Sicherheit von Leben und Eigentum, daher sei die Frage des Schutzes für ihn die entscheidende Frage. Er fordert das A. C. auf, einen Beschluss zu fassen, der es ihm ermöglicht, in der Exekutive zu bleiben und seinen Plan durchzuführen. Es wird beschlossen, dass die vorliegenden Resolutionen in Kommissionen redigiert und in einer der nächsten Sitzungen zur Abstimmung gestellt werden sollen. Nach Erstattung des Finanzberichtes durch Cowen berichten ausführlich Ussischkin und Ruppin über die Palästinaarbeit. Das Palästinabudget sieht für das kommende Jahr an geschäftlichen Anlagen 1,100,000 Pf. vor, darunter 300,000 Pf. für Bodenkauf und Meliorationen durch den Nationalfonds, 200,000 Pf. für Kredite für städtischen Kleinhausbau, 350,000 Pf. für Ansiedlung landwirtschaftlicher Arbeiter und landwirtschaftliche Kredite und 400,000 Pf. für nicht geschäftliche Anlagen, hauptsächlich für Schulwesen, Sanitätswesen, soziale Fürsorge und erste Fürsorge für Einwanderer. Am Donnerstag berichtet Prof. Warburg über den Nationalfonds, der bis Juli 1920 bloss 18,000 Dunam, Ende 1920 bereits 22,000 Dunam besass, welcher Besitz jetzt, dank dem Ankauf in Emek Jesreel, auf 72,000 Dunam gestiegen ist. Die Regieunkosten des Nationalfonds machen nicht mal ganz 2 Prozent der Einnahmen aus. Lichtheim berichtet über die Arbeit des Palästinaeinwanderungsdepartements der Londoner Exekutive. Von Februar 1919 bis Mai 1920 seien rund 14,000 Juden in Palästina eingewandert. Ueber den Keren Hajessod berichtet Feiwel, dessen Bericht von Rosow ergänzt wird, dazu sprechen auch Naiditsch und Zlatopolsky. Die von Jabotinsky vorgeschlagene Resolution, die die Wiederherstellung der jüd. Regimenter im Rahmen der britischen Armee in Pa-

lästina fordert, wird vom A. C. mit 23 gegen 7 Stimmen angenommen.

Für den Vorschlag Jabotinsky sprachen sich die Misrachivertreter Farbstein und Pick aus. Ussischkin und Sprinzak waren gegen, und Ben Gurion pro. Grünbaum polemisiert gegen die Anhänger Jabotinskys und meint, dass wir in unserer Politik mit der allgemeinen Lage der Juden im Galuth rechnen müssen. Locker verweist darauf, dass die Majorität des Weltverbandes Poale Zion gegen den Plan Jabotinskys sei; Ben Gurion repräsentiere nur einen Teil der palästinensischen Arbeiter.

Weizmann führte in seiner Rede u. a. auch noch aus, dass er in London eine vollständige Abberufung oder Verminderung der palästinensischen Garnison, wie auch eine Aenderung in Verwaltungspersonal verlangt habe. Eine gute und ehrliche Polizei wäre besser als eine Garnison und würde diese vollständig überflüssig machen. Es entfiele dann auch das Argument, dass England grosse Ausgaben für die Garnison zu leisten habe. Gleichzeitig habe er auch eine jüd. Miliz verlangt und er hoffe, dass es ihm gelingen werde, diese durchzuführen.

Zusammentritt d s Kongresses am 1. September.

Der R.-Korrespondent der „J.P.Z." berichtet: Die Sitzung des A. C. fand ihre Fortsetzung in der Generaldebatte über die Palästinaarbeit, die Frage der Immigration und die des Keren Hajessod Donnerstag Abend in einer Nachtsitzung, die nach dem offiziellen Empfang abgehalten wurde. Diese Debatte wurde Freitag fortgesetzt. Nachdem eine grosse Anzahl von Rednern gesprochen hatte, wurde eine Kommission zur Ausarbeitung der Resolutionen gewählt. Samstag wurde eine Nachtsitzung eingeschaltet, die bis zwei Uhr nachts dauerte, in der Hantke das Referat der Organisationskommission über die Vorbereitungen zum Kongress erstattete. Es wurde beschlossen, den Beschluss der Exekutive bez. der Einberufung des Kongresses gutzuheissen. Der Kongress wird demnach am 1. Sept. in Karlsbad eröffnet. Nur an den ersten beiden Tagen sollen auch Vormittagssitzungen abgehalten werden, während von Sonntag an nur nachmittags und falls nötig abends Plenarsitzungen stattfinden, während die Vormittage für die Verhandlungen der Kommissionen reserviert bleiben sollen. Bez. Zusammensetzung des Permanenzausschusses wird beschlossen, dass die Mindestzahl zur Entsendung eines Delegierten 6 Mitglieder einer Gruppe betragen sollen. Sonst soll jede Gruppe für je 10 Mitglieder je einen Delegierten entsenden, von 30 an jedoch nur für je weitere 20. Die Tagesordnung des Kongresses wird folgendermassen festgesetzt: 1. Tag: Eröffnungsreden von Weizmann und Sokolow, Begrüssungsansprachen, Wahl des Büros und womöglich Beginn der Generaldebatte, da der Bericht der Exekutive gedruckt vorliegen wird; 2. und 3. Tag: Generaldebatte; 4. und 5. Tag: Palästinafragen, hierher gehören vor allem die Frage des Aufbaues Palästinas, der Immigration und Kulturfragen. Ueber diese drei Gebiete sollen gedruckte Berichte vorliegen. Die Referenten sind von der Exekutive zu bestimmen. An den folgenden Tagen sollen die Referate über Finanzen der Organisation erstattet werden. Sonntag, den 11. Sept. soll der Kongress geschlossen werden. Das A. C. ist für den 31. August nach Karlsbad einzuberufen. Zur Frage der Wahlordnung wurde lediglich bez. Palästinas die Ausnahme beschlossen, dass dort schon 500 Schekelzahler einen Delegierten zu wählen berechtigt sind. Im übrigen wurde die Wahlordnung der Exekutive genehmigt. Zur Geschäftsordnung des Kongresses wird beschlossen, dass in den Debatten zunächst die Vertreter der Gruppen von mindestens 20 Delegierten sprechen sollen. Die Kommissionen sollen nach einem noch zu bestimmenden Schlüssel zusammengesetzt und in der Regel 21 Mitglieder stark sein. Ein Legitimationsausschuss wurde gewählt, aus Dr. Margulies (Leitmeritz), Max Kober (Berlin), Dr. Kahn (Holland), Dr. Olschwanger (Warschau) und Berl Locker (Wien), der sich einige Tage vor dem Kongress versammelt. Der Beschluss über die Delegierten aus Russland wird dem Kongress selbst vorbehalten.

Das A. C. beschloss, dem Kongress die Annahme des Palästinabudgets von anderthalb Millionen Pfund für das nächste Jahr zu empfehlen. Nach Meinung von Dr. Ruppin werde es bei einem jährlichen Kostenaufwand von 1,500,000 Pf. möglich sein, die Zahl der gegenwärtigen jüd. Bevölkerung Palästinas innerhalb dreier Jahre zu verdoppeln. Infolge der Dringlichkeit bewilligt das A. C. jedoch bereits jetzt folgende Summen: 100,000 Pf. für die Hypothekenbank, 20,000 Pf. für vorbereitende Arbeiten zur Kolonisation in Emek Jesreel, 50,000 Pf. für das Odja- (Jarkon) Projekt Ruthenbergs. Ferner wird beschlossen, für das nächste Jahr das Schulbudget von 100,000 Pf. und 10,000 Pf. für die Versuchsstation, deren Leitung Prof. Warburg, der nach Palästina übersiedelt, übernehmen soll zu bewilligen, weil dieser Beschluss wegen der Notwendigkeit der Vorbereitung des Schuljahres, nicht bis zum Kongress aufgeschoben werden kann. Für die unterwegs befindlichen, durch die Einwanderungssperre aufgehaltenen Chaluzim werden einmalig 1,000 Pfund bewilligt, um ihnen die Weiterreise nach Palästina zu ermöglichen. Weiter werden eine Reihe von Resolutionen zu Fragen der Organisierung der Palästinaämter gefasst. Ferner wurde in einer Resolution die Aufnahme der energischen Keren Hajessod-Arbeit in Amerika und der darauf bezügliche Beschluss von Cleveland begrüsst. Die Demission von Simon und de Lieme wird zur Kenntnis genommen und die Kooptierung der neuen Mitglieder der Exekutive genehmigt. Gleichzeitig wird der Exekutive das Vertrauen ausgesprochen; das A. C. bedauert jedoch, dass es ein ganzes Jahr zu keiner Sitzung einberufen worden ist.

Prag, 18. Juli. - R. - Anlässlich der A. C.-Sitzung wurden mehrere Direktoriumssitzungen und die Generalversammlung des J. N. F. abgehalten. Dabei wurden die Fragen der Bodenpolitik ausführlich besprochen. Die Generalversammlung erteilte die Idemnität für den Bodenkauf in Emek Jesreel und beschloss ferner die Einleitung einer grosszügigen Aktion für Kauf städtischen Bodens in Jerusalem, Jaffa und Haifa. Die Einnahmen des J. N. F. sind im Aufstieg begriffen. Im ersten Halbjahr 1921 wurden 60,175 Pf. gesammelt gegen 48,693 Pf. im ersten Halbjahr 1920. Dabei muss festgestellt werden, dass die gesamten Spesen nur 19,78 Prozent betragen, weniger als bei anderen jüd. Gesellschaften, was besonders hervorzuheben ist angesichts des Umstandes, dass es sich um die Sammlung von vielen kleinen Spenden handelt. — Es wird gegenwärtig eine Neu-Einschätzung der Farmen des J. N. F. vorgenommen, um entsprechend der Wertsteigerung das Gesamtvermögen des J. N. F. bestimmen zu können. Demnächst sollen auch 3000 Dunam für die Tschlenow-Kolonie gekauft werden. Es besteht die Möglichkeit grosser Bodenkäufe, wenn im nächsten Jahre vom Keren Hajessod (die dem J. N. F. zukommenden 20 Prozent) mindestens 300,000 Pfund eingehen und vom J. N. F. 200,000 Pf. gesammelt werden, sodass 500,000 Pf. zur Verfügung stehen. Die Leitung des J. N. F. soll in Zukunft so verteilt werden, dass 3 Direktoren und 1 Gouverneur in Palästina sitzen, 2 Direktoren und 1 Gouverneur in Europa. — Die Generalversammlung beschloss auch einen Antrag auf Aufhebung jener Bestimmung des Statutes, wonach eine Reserve von 25 Prozent zurückbehalten werden muss.

In der Palästina-Debatte der A. C.-Sitzung betonte Böhm, dass der J. N. F. gemäss den An-

schauungen von de Lieme, bodenreformerische Zwecke verfolgen müsse, daher müsse er städtischen Boden kaufen, damit nicht wieder Verhältnisse entstehen wie in Tel-Awiw, wo der J. N. F. mitgeholfen hat, ohne dass er eine Kontrollmöglichkeit über die privaten Hausbesitzer erlangt hätte. Trietsch wandte sich in einer fast zweistündigen Rede gegen die gegenwärtigen Kolonisationsmethoden, insbesondere gegen die Vorherrschaft der landwirtschaftlichen Kolonisation. Er betonte, dass wir bei einer Masseneinwanderung nicht auf palästinensisches Getreide angewiesen sind, wohl aber auf eigene Häuser, und plaidiert für die Schaffung von Gartenstädten. Er wendet sich auch dagegen, dass der Keren Hajessod als vereinigter Spenden- und Investmentsfonds begründet wurde, weil er doch wesentlich als Spendenfonds aufgefasst wird und der Eindruck entsteht, als ob Palästina durch unrentable Arbeit aufgebaut werde, während in der Tat nur ein winziger Bruchteil der Aufbauarbeit unrentabel sein muss.

Registrierung des Economic Board for Palestine.

Der von Sir Alfred Mond mit Hilfe einiger grossen Finanziers geschaffene Economic Council wurde jetzt unter etwas verändertem Namen als Economic Board for Palestine registriert. Da es sich um keine auf Gewinn berechnete Gesellschaft handelt, hat das Handelsministerium die Weglassung des Wortes „Limited" gestattet. Aufgaben der Gesellschaft sind: Hilfe bei der Entwicklung Palästinas im Einklang mit dem Mandat, Hilfe bei der Entwicklung des jüd. Nationalheims und bei der ökonomischen, sozialen, agrikulturellen, industriellen und kommerziellen Entwicklung der jüd. Bevölkerung Palästinas und Zusammenarbeit mit der Zion. Org. oder irgend einer anderen passenden Jewish Agency, die von der Mandatsmacht anerkannt ist, oder anerkannt werden wird. Auf dem Memorandum sind unterzeichnet: Sir Alfred Mond, Sir Robert Waley-Cohen, Direktor der Shell-Transport und Handelsgesellschaft, Bankier A. J. Belisha, W. H. Samuel, Chairman der Shell-Transport und Handelsgesellschaft, James Rothschild, Advokat W. S. Cohen und H. Hirst, Chairman der allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft. Die Präsidenten der Zion. Org. und der Ica haben das Recht, 2 Vertreter in die Exekutive zu entsenden.

Debatten im Unterhause über das Palästinamandat.

Die Diskussion über das Palästinamandat eröffnete Asquith, der die Rede Churchills kritisierte, die auf einer Reihe von Hypothesen basiere. Es sei eine vage Annahme, dass durch einsichtige Verwaltung und friedliche Durchdringung Juden und Araber in Freundschaft in Palästina zusammenleben würden. Sir Rees fragt, ob tatsächlich ein permanenter Ausgabeposten von zweieinhalb Millionen Pf. jährlich vorgesehen sei. Es müsse bez. Palästinas eine Reihe von Fragen gestellt werden. Welches Interesse habe der britische Steuerzahler an Jabotinsky, dessen Name in diesem Hause so oft erwähnt wurde. Bei aller Bewunderung für Samuel, würde er ihn lieber als nicht so eifrigen Zionisten sehen und hoffe, dass die Verwaltung Palästinas nicht ausgesprochen zionistischen Charakter tragen werde, weil dies wahrscheinlich zu agrarischen Unruhen mit den Arabern führen würde, die grössere Ansprüche auf Palästina hätten als die Juden. Samuel handelte weise, als er die weitere Immigration verbot. Er möchte die Wirksamkeit des Oberkommissärs so eingeschränkt als nur möglich sehen. Sir Johnson-Hicks führt nach Besprechung des Mandates in Mesopotamien bez. Palästinas aus, dass es fraglich sei, ob die Verpflichtung wegen des jüd. Nationalheimes nicht in Widerspruch stünde mit den den Arabern gegenüber eingegangenen Verpflichtungen. Er stünde der zion. Bewegung nicht unfreundlich gegenüber, aber wenn man die Juden aus aller Welt einlädt, in Palästina ein nationales Heim zu errichten, so müsse man sehr vorsichtig sein, um nicht die eingegangene Ehrenpflicht gegenüber den Arabern zu verletzen, die 90 Prozent der Totalbevölkerung Palästinas gegenüber nur 10 Prozent Juden ausmachen. Die seit dem Waffenstillstand eingewanderten 7000 Juden bedeuten keinen wirklichen Gewinn für die Bevölkerung Palästinas. Er möchte wissen, wieviele von diesen 7000 jüd. Immigranten aus öffentl. Mitteln, d. h. von den von den Arabern aufgebrachten Steuern erhalten würden. (Zwischenruf Earl Wintertons: Man spricht von diesen Immigranten, als würden sie von den Arabern ausgehalten, während sie von der allgemeinen Bevölkerung Palästinas und nicht von den Arabern allein bezahlt werden.) Sir Johnson-Hicks erklärt weiter, diesen Fall nicht überschätzen zu wollen, aber 90 Prozent der Kosten fielen Arabern und Christen zur Last. Einer der hauptsächlichsten Einwände gegen das Mandat sei die Errichtung des jüd. nationalen Heims in Palästina. Er habe keine Einwände, wenn die Juden nach Palästina gehen, um Boden zu kaufen, Industrien aufzubauen, alles zum Nutzen von Palästina, aber das sei nicht ganz, was die Araber als wirklich ansehen. Man hätte in England nicht erwartet, dass auf den Briefmarken der jüd. Landesname ebenso wie der englische figurieren würde, oder dass auf den Wegweisern die Namen in hebräisch ebenso wie in englisch geschrieben würden. Die Araber sind zu Recht oder Unrecht zur Ansicht gekommen, dass die Verwaltung Palästinas in einem gewissen Umfange jüdisch geworden ist und das ist es, was die Unruhe in Palästina verursacht. Man möge die Balfour-Deklaration einer Revision unterziehen, sonst werde man nicht nur 5000 Soldaten, sondern 2 oder 3 Divisionen mehr in Palästina halten müssen. Er halte keine antijüd. Rede, aber nicht nur sei der Oberkommissär ein Jude — er sage gegen ihn kein Wort, weil wir ihn kennen und er in Palästina äusserst beliebt sein soll — aber seine Popularität leide bei den Arabern dadurch, dass auch sein Vize-Verwalter Jude ist und dass während der letzten 2—3 Jahre 3 oder 4 hohe Verwaltungsposten ebenfalls Juden — zweifellos guten Beamten — übertragen worden sind. Es sei schlimm, wenn man den Arabern die Möglichkeit einer Klage gibt, dass sie nicht fair behandelt würden und dass die Balfour-Deklaration benutzt wird, mit Zustimmung der britischen Regierung, die das Land für die Araber eroberte, den Juden zu erlauben, ihre in jeder zion. Zeitung lesbaren Wünsche zu verwirklichen. Er plädiere auch als engl. Steuerzahler und verlange, dass man vorsichtig sei und es nicht zu noch mehr Ausgaben, mehr Beängstigung und möglicherweise mehr Blutvergiessen in Palästina kommen lasse. Col. Sir Yate führt u. a. aus, dass sich wohl alle, die damit zu tun hatten noch erinnern, wie jene Araber, als die türkischen Truppen in Uebermacht waren, die britischen Verwundeten gemordet und die britischen Truppen beraubt haben und wie sie, als die Engländer zur Uebermacht kamen, die türkischen Verwundeten gemordet und die türkischen Truppen beraubt haben. Er erinnere sich eines Berichtes des türkischen Oberkommandierenden in Bagdad an den britischen Oberkommandierenden, worin ein Bündnis gewünscht wurde, um die verfluchten Araber aus dem Lande zu jagen und er glaube, dass, wenn dies geschehen wäre, viel Verdruss erspart worden wäre.

In seiner Erwiderung führte Churchill u. a. aus: Mein sehr verehrter Freund legte den Ton zum grossen Teil auf all die „wenn", mit denen, wie er sagt, ich mich schütze. Ich hatte eine Politik vorbereitet, die eine bedeutende Reduktion der Ausgaben involviert, aber ich sagte, dies könne nur vollendet werden, „wenn". — Das ist vollständig richtig und

ich beabsichtige nicht, auch nur ein Jota davon zurückzunehmen, bis nicht in allen diesen Dingen, wie kompliziert sie auch sein mögen, eine klarere und gesichertere Sachlage als gegenwärtig zu erblicken ist. Ich möchte etwas für das nächste Jahr sparen, wenn ich möglicherweise eine bessere Geschichte zu erzählen und bessere Resultate zu zeigen haben werde. Aber mein sehr verehrter Freund sprach über all diese Schritte in einer Stufe von Hypothesen, von fragilen, unsichern, schlüpfrigen, krummen, delikaten, irregulären Schritten. Well, aber bis dahin sind bei all diesen Fehlern während der letzten 3 oder 4 Monate Tausende von Truppen aus dem Lande abmarschiert und marschieren auch weiterhin beständig aus dem Lande, seit ich Gelegenheit hatte, zu Ihnen zu sprechen.

Neuerlicher grosser Landerwerb durch den Nationalfonds

Bei der A. C. Sitzung in Prag wurde laut J. C. B. ein Telegramm verlesen über die Perfektionierung des Kaufes eines dem griechischen Patriarchen gehörenden grossen Bodenkomplexes in Jerusalem. Der in Raten zahlbare Kaufschilling beträgt 350,000 Pfund. (Es handelt sich um einen Boden, dessen Erwerb de Lieme dem Kaufe in Emek Jesreel vorgezogen wissen wollte. Nun scheinen somit beide Komplexe, also sowohl der städtische als auch der ländliche Boden, in den Besitz des Jüd. Nationalfonds übergangen zu sein. „J.P.Z.") Die Meldung wurde von den Mitgliedern des A. C. mit stürmischen Applaus aufgenommen. (Bei der „J.P.Z." liegt noch kein diesbez. Bericht vor.)

Chronik.

Polen.

— Der „Naje Hajnt" erfährt aus sicherer Quelle, dass der Ministerrat beschlossen habe, die jüd. Fragen aus dem Kultusministerium auszuscheiden u. für diese ein spezielles Departement beim Innenministerium zu schaffen. Auch die Frage der jüdisch-polnischen Verständigung wurde vom Ministerrat dem Innenministerium zugeteilt, da der Kenner der jüd. Frage beim Ministerrat, Dr. Wroblewski, als Gesandter nach London abgereist ist und man diese Fragen dem neuen Innenminister Raczkiewicz zuteilen wollte, der als Fachmann in der jüd. Frage gilt.

— In Polen ist es in letzter Zeit wieder zu zahlreichen Ueberfällen auf die Juden, ganz speziell in den Bahnen gekommen, zum grossen Teil auch in Westgalizien. Ausser dem Klub der jüd. Abgeordneten beim provisorischen Nationalrat hat auch eine Delegation der Szlome Emune Jisroel mit Abg. Rabb. Perlmutter an der Spitze beim neuernannten Innenminister Raczkiewicz interveniert und ihm ein Memorandum überreicht. Der Minister erklärte, dass er auf Grund der Intervention der jüdisch-nationalen Abgeordneten nach Einvernehmen mit dem Kriegsminister zur Unterdrückung der Exzesse bereits entsprechende Verordnungen erlassen habe.

An diesen Ueberfällen sind vor allem die nach Oberschlesien gehenden polnischen Freiwilligen, die „Slasaki" beteiligt, die wie s. Zt. die Haller-Soldaten, zum wahren Schrecken der jüd. Bahnreisenden geworden sind. Die hauptsächlichsten Exzesse fanden an den Stationen des Lodzer Kreises, wie auch auf der Strecke Trzebinia-Dziedzitz, statt. Auch in Chrzanow gab es Raubüberfälle auf Juden.

— Dr. Bogen, der für einige Monate nach Amerika geht, hat jüd. Pressevertreter zu sich eingeladen und ihnen das Programm des J. D. C. für die nächste Zukunft vorgelegt. Die philanthropische Tätigkeit des J. D. C. sei vollständig liquidiert worden u. zw. in Polen mit viel geringeren Mühen als in anderen Ländern, wie Ungarn, Rumänien usw. Die Amerikaner seien bereit, produktive Hilfe auch weiter zu leisten. Für Polen wurden zu diesem Zweck 1 Million Dollar assigniert. Am 1. August komme Dr. Landesco nach Warschau, unter dessen Leitung die Tätigkeit des Wiederaufbaudepartements sofort beginnen werde. Der von der s. Zt. einberufenen Spezialkonferenz vorgelegte Plan, wurde durch die höheren Instanzen des J. D. C. in Amerika vollständig akzeptiert. Ausserdem will das J. D. C. auch eine grössere sanitäre Tätigkeit entwickeln. Daneben werde es auch eine grosse Rettungsaktion für die heimlosen Kinder und Pogrom- und Kriegswaisen entfalten. Die Statistik des J. D. C. weist nach, dass man für gegen 50,000 Kinder Hilfe organisieren müsse, wozu man gegen 10,000 Dollar benötige. 6,000 Kinder geniessen bereits den Schutz des J. D. C. Jetzt sollen alle Anstrengungen unternommen werden, um die in Amerika notwendigen Mittel für diese Aktion so rasch wie möglich aufzubringen.

— Der Einwanderungskommissär der palästinensischen Regierung, Major Morris, ist zweck Studiums der Emigrationsverhältnisse in Warschau eingetroffen. Nach den den Pressevertretern erteilten Informationen, sei die Einwanderung nach Palästina ausschliesslich von der Zion. Org., resp. von der Höhe der Kapitalien, die die Zion. Org. in Palästina für Schaffung von Arbeitsmöglichkeiten investieren werde, abhängig. Major Morris dementiert energisch die Nachricht, wonach die Zahl der Einwanderer auf nur 100 wöchentlich beschränkt worden wäre. Die Zahl werde ausschliesslich nur nach den Möglichkeiten der Versorgung im Lande bestimmt. Die Immigranten werden jetzt nach Haifa, Alexandrien und Port Said geleitet, da der Jaffaer Hafen weiter gesperrt ist.

— Wie die „Hacefira" mitteilt, hat Rabb. Feiner, dem der Agudarat in Lodz die Uebernahme des Abgeordnetenmandates nach Rabb. Halpern angetragen hatte, (s. „J.P.Z." Nr. 151) das Mandat nicht angenommen.

— Am 4. Juli fand in Warschau die erste Misrachi Frauen Konferenz in Polen statt.

Tschecho-slovakischer Staat.

— Anlässlich der Tagung des A. C. fand auch eine Sitzung der Mitglieder des A. C. und des Komitees der Jüd. Delegationen unter Vorsitz von Sokolow statt, die sich mit den Schritten befasste, die zu unternehmen sind für die Sicherheit der Juden vor Exzessen in Ostgalizien, Zentral-Litauen und den anderen von Polen okkupierten Gebieten. (J. C. B.)

— Im Anschluss an den Kongress findet am 28. und 30. August in Karlsbad eine Jüd. Nationalfonds-Weltkonferenz statt, auf der Adolf Böhm über die Bodenpolitik des I. N. F., Gross und Dr. Granowsky über die landsmannschaftlichen Kolonisationen, Dr. Zweig über die Nationalfondskonstitution und S. Abel (New-York) und Emil Kafka (Prag) über die Nationalfondspropaganda referieren werden. Sekretär Pollak hält an Hand von Lichtbildern einen Instruktionskurs für die Nationalfondskommissäre ab.

Ungarn.

— Laut dem „Pesti Naplo" wurde die Hauptverhandlung gegen Oberrabb. Dr. Löw auf den 28. September anberaumt.

— Laut dem dem auf der Generalversammlung der Pester Isr. Religionsgemeinde erstatteten Jahresbericht sind in den Jahren 1919 und 1920 3454 Personen zum Christentum übertreten, von denen in der ersten Hälfte dieses Jahres 293 zum Judentum wieder zurückgekehrt sind; die Zahl der Zurückkehrenden nehme immerfort zu. Der genehmigte Kostenvoranschlag der Gemeinde beträgt rund 30 Millionen, davon 6 Millionen für Spitäler und 7 Millionen für neue Tempelbauten. Die Gemeinde zählt an 50.000 Steuerzahler, gegenüber 18.000 i. J. 1918. — In die Pester Chewra Kadischah wurden dieses Jahr 8200 neue Mitglieder aufgenommen, darunter 8 Rabbiner u. Kantoren, 85 Professoren, 202 Advokaten u. Richter, 180 Ärzte u. Apotheker, 181 Architekten u. Chemiker, 101 Schrifsteller, Künstler u. Journalisten, 22 Landwirte, 176 Fabrikanten, Unternehmer u. Grosshändler, 156 Rentiers u. Pensionisten, 176 Direktoren und Prokuristen, 1562 Beamte, 1260 Kaufleute, 465 Agenten u. Kommissionäre, 526 kaufmännische Angestellte, 1140 Gewerbetreibende, 515 gewerbliche Gehilfen u. Arbeiter, 175 Diener, 16 Soldaten, 160 Schulkinder, 46 Hochschüler u. 1136 sonstigen Berufen angehörende Personen. — Der Pester Isr.

Frauenverein hat im abgelaufenen Jahre 400 000 Kr. an Unterstützungen verteilt. In einem Mädchenwaisenhause und Waisenasyle wurden 72 Waisenkinder mit einem Kostenaufwand von über ½ Million Kr. versorgt und im Alice-Weiss-Wöchnerinnenheime 583 Wöchnerinnen mit einem Kostenaufwand von ¾ Millionen verpflegt. — Im Pester neuen Friedhofe sind lt. den statistischen Daten der Friedhofesverwaltung an 2000 Offiziere, Unteroffiziere und Soldaten begraben, die im Weltkriege für ihr Vaterland gefallen sind.

Oesterreich.

Wien. - R.E.F. - Im Rahmen des 3. Internationalen Kongresses der Frauenliga für Frieden und Freiheit findet unter dem Vorsitze von Miss Catherine Marshall am Schlusstage eine Sitzung statt, in welcher die Stellungnahme der Frauenliga zur Selbstbestimmung und zum Schutze der nationalen Minoritäten behandelt werden wird. Vertreterin der zionistisch-pazifistischen Frauen ist Frau Dr. Nadja Ornstein-Brodsky aus Bukarest. Miss Marshall aus Amerika ist die Delegierte der Liga im Völkerbund. — Die Liga der jüd. Frauen in Genf hat dem Kongress ein ausführliches Memorandum über die Verleumdungen und Drangsalierungen, denen die Juden in Ost- und Zentraleuropa ausgesetzt sind, überreicht.

Wien, 18. Juli. Auf der Schlussitzung, die sich mit der Frage des Selbstbestimmungsrechtes und des Schutzes der Minderheiten befasste, referierte Miss Marshall und beantragte eine einstimmig angenommene Entschliessung, in der der Kongress die nationalen Sektionen auffordert, den Prinzipien der Selbstbestimmung und des Minderheitsschutzes in den eigenen Ländern praktisch Ausdruck zu geben. Frau Dr. Ornstein-Brodsky appelliert an die Liga, sie möge gegen die Veranstaltung von Pogromen Verwahrung einlegen und für die Opfer der Pogrome eintreten.

— Laut J. C. B. sind Präs. Pick und Vizepräs. Glück beim Bundeskanzler Schober vorstellig geworden, damit dieser einen Druck auf die Zionisten ausübe, ihre Obstruktion in der Kultusgemeinde (s. „J.P.Z." Nr. 152) einzustellen.

Deutschland.

Berlin. Der bekannte amerikanische Finanzier Bernard Baruch ist auf einer Studienreise durch Deutschland begriffen hier eingetroffen.

Baruch war während des Krieges Vorsitzender des „War Industries Board" der Vereinigten Staaten, dessen Mitglied er auch schon früher war. Ihm ist in weit grösserem Maasse als jedem anderem Beamten in den Vereinigten Staaten der Erfolg für die Sache der Entente zuzuschreiben. Das Kriegsindustrie-Departement regelte vollständig die Kriegsproduktion in den Vereinigten Staaten und wurden bei der Ernennung Baruchs die Befugnisse dieses Departements ganz wesentlich ausgedehnt. Das Departement war nicht nur die Agency für die Produktion, sondern auch die Einkaufsvermittlungsstelle für die Alliierten und kontrollierte in Wirklichkeit die Versorgung der ganzen Welt mit den wesentlichsten Rohmaterialien, wie auch mit den vielen hauptsächlichsten Bedürfnissen. Baruch war mit den weitestgehenden Machtbefugnissen über alle Industrien der Vereinigten Staaten ausgestattet. In seinem Ernennungsbriefe nannte ihn der damalige Präsident Wilson „das generelle Auge aller Versorgungsdepartements im Felde der Industrie". Baruch ist einer der führenden Finanziers der Wall Street.

— Die Palästinazentrale der Agudas Jisroel teilt mit, dass Frau Dr. Abraham Hirsch und Dr. Emil Hirsch, Halberstadt, zum Andenken an Dr. Abraham Hirsch den Betrag von 200,000 Mark für Jischuw Erez Jisroel zur Verfügung gestellt haben. Diese Summe soll als Dr. Abraham Hirsch-Stiftung zum Ankauf von Land in Erez Jisroel verwendet werden.

Italien.

— Laut dem „Israel" verbleibt der Florenzer Oberrabb., Dr. Margulies, von dem es vor kurzem hiess, er werde die Leitung des Breslauer Rabbinerseminars übernehmen, weiterhin in Florenz.

— Das Triester Auswandererkommissariat hat mit einem Dekret vom 14. Juli das Comitato centrale di protezione degli emigranti ebrei in Triest mit der Kontrolle des Auswandererwesens nach Palästina betraut.

Am 15. haben sich mit der „Helouan" 76 Palästinafahrer nach Alexandrien eingeschifft. Eine früh eingetroffene, aus ca. 20 Chaluzim und Chaluzoth bestehende Gruppe musste, da das Baden u. Desinfizieren vor Abgang des Schiffes nicht mehr durchgeführt werden konnte, bis zum nächsten Freitag hier warten. Da nach dem italienischen Auswanderergesetz jene Gesellschaft, welche einem Auswanderer eine Schiffskarte oder auch nur eine Anweisung auf eine solche ausfolgt, von diesem Momente bis zum Abgang des Schiffes die Unterkunfts- und Verpflegungskosten des betreffenden Passagiers zu tragen hat, können diese 20 Personen die Aushaltung bis zum nächsten Freitag beanspruchen.

Frankreich.

— Wie „Jewish Times" mitteilt, hatte ein führender französischer Zionist eine Besprechung mit dem ehemaligen franz. Präsidenten Poincaré, der ihm Mitteilungen über die Stellung Frankreichs zur Judenfrage machte. Danach würde Frankreich in Ostjordanien die Juden dem Emir Abdulah vorziehen. Es würde allen den Juden gemachten Versprechungen treu bleiben. Er hätte sich auch für eine jüd. Immigration nach Frankreich erklärt, weil die Juden rasch zu guten und patriotischen Bürgern würden. In Frankreich gebe es keine Gefahr antisemitischer Exzesse und falls solche gegen Juden vorkämen, würden die Ruhestörer strengstens bestraft werden.

England.

— Auf eine Anfrage im Unterhause, ob das Mandat über Palästina gleichlautend sei mit dem Mandate über Syrien, erklärte Harmsworth, dass das Mandat über Syrien noch nicht veröffentlicht worden sei. Die Bedingungen in Palästina seien jedoch in mancher Hinsicht andere, als die von Syrien, welcher Unterschied sicherlich auch in den beiden Mandaten zum Ausdruck kommen werde.

— Auf der letzten Sitzung der britischen Reichskonferenz berichtete Balfour über Ziele und Arbeit des Völkerbundes, wobei er u. a. auch auf die grossen Verdienste des Völkerbundes hinwies, bez. der Regelung der wegen der Ausweisung der polnischen Juden aus Wien durch die österreichische Regierung entstandenen Differenzen. Man sei zu einer Verständigung gelangt, die für beide Parteien annehmbar und auch nicht ungünstig für die jüd. Bevölkerung sei.

— Wie die „Agudablätter" mitteilen, wurde die vom Zentralrat der Agudas Jisroel in Wien gefasste Resolution betreffend Umbildung der Jewish Agency des Palästinamandates mit den nötigen Erläuterungen nunmehr der Mandatarmacht überreicht.

— Wie das Londoner zion. Büro mitteilt, hat der Appell, in diesem Jahre 1 Million Schekel aufzubringen, einen grossen Erfolg gezeitigt. In kurzer Zeit seien mehr als 800,000 Schekel verkauft worden und man erwartet, dass bis zum Kongresse mehr als eine Million Schekel verkauft werden.

Türkei.

— Wie dem J. C. B. aus Konstantinopel gemeldet wird, hat das britische Konsulat das lokale Palästinaamt von der neuerlichen Suspendierung der Palästinaimmigration benachrichtigt. Nähere Gründe hierfür sind noch nicht bekannt.

— General Pellé, französischer Oberkommissär in Konstantinopel, der im Juni die Knabenschule der Alliance in Galata besucht hat, wo er durch den Grandrabbin Béjarano und die Komiteemitglieder begrüsst wurde, rühmte in seiner Erwiderung, auf die Ansprache des Schul-Direktors das Schulwerk der Alliance, deren ausgezeichnete Resultate er bereits in Marokko Gelegenheit hatte zu schätzen. (Paix et Droit, Paris.)

Amerika.

— Die neue Exekutive der amerikanischen Zionisten wird am 20. Juli von Präsident Harding empfangen werden.

— Bei der in Rochester stattgefundenen Konferenz der amerikanischen Poale Zion gewann der rechte Flügel die Oberhand und wurde die Beteiligung der Poale Zion am Zionistenkongress beschlossen. Der Führer der „Rechten" war der eigens aus Europa herübergekommene Verbandssekretär Kaplansky, der den linken Flügel des Kommunismus bezichtigte und sich gegen jede Diktatur, auch die kommunisti-

sche, verwahrte. Der Hauptsprecher der „Linken" war Leon Chasanowitsch, der auch scharf gegen die Achduth Haawodah in Palästina opponierte und erklärte, sie seien keine Sozialisten und man müsse sie aus der Poale Zion Partei ausschliessen.

— Auf der Konvention des Ordens „Bne Zion" wurde, da nicht mehr hinreichende Zeit für Abwicklung der Debatte vorhanden war, beschlossen, die Frage der Wiedervereinigung mit der Zion. Org. in Amerika der neugewählten Exekutive, an deren Spitze wiederum Judge Jacob Strahl steht, zu überweisen. In einer Resolution wurde die Attacke Morgenthaus gegen den Zionismus, (s. „J.P.Z." Nr. 151) die von allen antisemitischen Zeitungen der Welt im Kampfe gegen das Judentum ausgeschlachtet wird, aufs schärfste verdammt.

— Anlässlich des 4. Juli hat, wie alljährlich, die „Hias" die jüd. Immigranten aufgefordert, sich um das amerikanische Bürgerrecht zu bewerben. Präsident Harding unterstützt in einer Kundgebung diese Bestrebungen der „Hias" und wünscht ihr diesbez. besten Erfolg.

Antisemitismus ein „Verrat" an Amerika.

In einer Predigt über „Rassen-Vorurteile" sagte Rev. Dr. H. Morgan in der ersten Methodisten Episcopal Kirche von Baltimore u. a.: Als Christ und als Amerikaner erhebe ich meine Stimme gegen Antisemitismus in jeder Form. Wir mögen ihre Art und und Weise, ihre Methoden, ihren Materialismus, ihre Ideale, wie wir sie sehen, nicht gern haben, aber wir können nicht Anhänger von Christus sein und als patriotische Amerikaner zum Antisemitismus ermutigen, der eine gefährliche Form des Verrats gegen Amerika darstellt.

Erez Israel — Palästina

— Nach Aeusserungen Sokolows auf der Sitzung des A. C. dürfte Samuel keineswegs demnächst ein palästinensisches Parlament einberufen, (s. „J.P.Z." Nr. 151) sondern nur das bisher aus bloss 10 Mitgliedern bestehende Advisory Council weiter ausbauen. Die neue Körperschaft wird nicht wie bisher ernannt werden, sondern aus Wahlen hervorgehen.

— Wie Havas meldet, haben anlässlich der Rede des Papstes gegen das Verhalten der Juden in Palästina, Muselmanen und Christen von Palästina dem Heiligen Stuhl telegraphisch ihren Dank ausgesprochen und die Einigung zwischen Muselmanen und Christen neuerlich versichert. Eine Delegation wird unverzüglich nach Europa abreisen.

— Der Scheich, der den Ueberfall auf Petach-Tikwah angeführt hatte, wurde zum Tode verurteilt.

— Nach den Mitteilungen der an der Sitzung des A. C. teilnehmenden palästinensischen Arbeitervertreter, hat die allgemeine Organisation der pal. jüd. Arbeiter in London eine Abmachung getroffen, die ihr die Aufnahme einer Reihe neuer öffentlicher Arbeiten im Betrage von 50,000 Pfund ermöglicht, bei der vorerst gegen 1500 Arbeiter Beschäftigung finden können.

Eine jüdische National-Blume.

Wie das Hauptbüro des Nationalfonds mitteilt, soll wie einst die Nationalfahne, diesmal am Kongress die Nationalblume ihre Einführung und Anerkennung finden. Die Nationalfondsvertretung in Palästina hat aus dem Versuchsgarten eine Blume zugeschickt, die schön und haltbar ist und sich für Blumentage zu Gunsten des J. N. F. also besonders eignet. Die kleine Blume weist lebhafte Farben auf, weiss mit blutrotem Saum und ist ohne Trocknung jahrelang haltbar. Diese Hellichrysum Sanguineum wird von der jüd. Volkslegende Damm Hamakkabim (Makkabäerblut) genannt; laut dieser Legende habe das Blut der in Verteidigung der Freiheit Erez Israels gefallenen Makkabäerhelden diese einst weisse Blume rot gefärbt; erst die Freiheit des jüd. Volkes in seinem eigenen Lande werde sie wieder in reinem Weiss erstrahlen lassen.

— Auf der 9. Session des Advisory Council teilte Samuel bez. der Konzessionen mit, dass die Regierung bereit sei, zur Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes gewisse Konzessionen für wirtschaftliche Unternehmungen gemeinnützigen Charakters zu erteilen. Die Regierung untersuche gegenwärtig das Konzessionsgesuch für die Versorgung Jaffas und Umgebung mit elektrischem Strom, durch Ausnutzung des Odja. (Ruthenbergprojekt). Bis auf weiteres werden Konzession n unter folgenden Bedingungen erteilt: 1.) Falls das Unternehmen für die Allgemeinheit von Bedeutung ist, jedoch unter der Bedingung, dass die zu erwartende Dividende sich auf eine gewisse Höhe beschränkt, während der diese Höhe übersteige de Gewinn in einer noch festzusetzenden Form der Allgemeinheit zu Gute kommen soll. 2.) Auf Ausbeutung von Mineralien oder Naphthaquellen werden keine Konzessionen erteilt. 3.) Gemass dem Vertrag von Sèvres darf keine Konzession erteilt werden, die mit einer von der türkischen Regierung an Mitglieder der Entente oder ihnen gehörenden Gesellschaften vor dem 20. Oktober 1914 erteilten Konzessionen im Widerspruche steht.

— Unter Vorsitz von Samuel fand am 28. und 29. Juni in Jaffa eine gemeinsame Sitzung der palästinensischen Handelskammern statt, an der 11 jüd. und 27 arabische Delegierte und 12 hohe Regierungsbeamte teilnahmen. Die jüd. Kaufleute beantragten u. a. Suspendierung der Sonntagsruhe bei den Eisenbahnen, da dadurch die jüd. Kaufleute zu 2 Ruhetagen gezwungen würden. In dem zu errichtenden Hafen von Haifa soll eine sog. Freizone geschaffen werden, in der die Waren unverzollt aufgestapelt werden können. Diese Verordnung möge von der Zollverwaltung schon jetzt, ohne den Ausbau des Hafens abzuwarten, durchgeführt werden. Hooffein dankte im Namen aller Delegierten Samuel für seine Beteiligung, sprach das Bedauern über den bevorstehenden Rücktritt des Leiters der Handelsabteilung, Harari, aus und verwies auf die schwere ökonomische Lage in Jaffa, die infolge der herrschenden Unsicherheit entstanden sei. Samuel erklärte in seiner Antwort u. a.: Diese ruhige Versammlung möge der Welt als Zeichen dienen, dass in Jaffa die Ruhe wieder eingekehrt sei.

— Der Nationalfonds in Tel-Awiw hat sich bereit erklärt, einen zusammenhängenden Bodenkomplex zu erwerben und einer aus den Flüchtlingen gebildeten Baugenossenschaft zur Errichtung von zunächst 250 Doppelhäusern mit 500 Familienwohnungen nach Erblaurecht zu vergeben.

— Die Nationalbibliothek in Jerusalem erwarb als Depositum eine Kopie des Manuskriptes des in der zion. Bewegung eine grosse Rolle spielenden Werkes von Moses Hess „Rom und Jerusalem" mit eigenhändigen Zuschriften und Verbesserungen. Das Manuskript ist Eigentum eines christlichen Führers der deutschen Arbeiterpartei und es ist Dr. Zlocisti, der gegenwärtig in Jaffa weilt, zu verdanken dass das Werk an die Nationalbibliothek gelangte. Gleichzeitig hat die Bibliothek ein Manuskript der Einleitung zur franz. Ausgabe von Graetz's „Geschichte des jüdischen Volkes" erhalten, welche Uebersetzung aus dem Deutschen ebenfalls Moses Hess besorgte. Das deutsche Original dieses Manuskriptes ist nicht zur Veröffentlichung gelangt.

— Die Regierung hat das Komitee der grössten Jeschibah Jerusalems beauftragt, in Anbetracht des schlechten Zustandes das Gebäude, in dem die Jeschibah „Meah Schearim" untergebracht ist, zu schliessen. Ein Komitee unter dem Präsidium von Oberrabb. Kook und Prof. Pick wurde gegründet, um die nötigen Mittel für dem Bau eines neuen Hauses für diese Jeschibah aufzubringen.

— Das Oberrabbinat befasst sich jetzt mit der Approbierung der Bestimmungen über die Anordnung der Botei Din, (Rabbinatsgerichte) die durch die Sekretäre Fenzel und Weber ausgearbeitet wurden. Mit Rücksicht darauf, dass die Appellationsabteilung bereits funktioniert und die betreffenden Vorschriften somit den einzelnen Rabbinatsgerichten im Lande bekannt sein müssen, wurde der die Appellationsfragen betreffende Abschnitt der neuen Bestimmungen den einzelnen Rabbinatsämtern im ganzen Lande bereits mitgeteilt.

— Der Entzug des Postdebits an den Damaszener „Alif-Ba" (s. „J.P.Z." Nr. 151) wurde wieder aufgehoben. Auch dem Haifaer „Palestine" wurde das Erscheinen wieder gestattet.

— Die Mitglieder des hebräischen Theaters in Palästina haben den „Vater" von Strindberg zur Aufführung gebracht. — Die Nationalbühne, der man bereits eine ausgezeichnete Aufführung des „Jüdischen König Lear" verdankt, bereitet jetzt das „Neue Ghetto" vor, das am 27. Todestage Herzls (26. Juli) aufgeführt werden soll.

— Das Schild am Regierungspalaste, das nur eine englische Aufschrift enthielt, wurde dieser Tage durch ein dreisprachiges Schild ersetzt.

— Das Zentralbüro des Misrachi hat von der Rabbinervereinigung in Amerika 32 Schas (Talmud) als Geschenk erhalten, zwecks Verteilung an die verschiedenen Jeschiboth.

Schweiz.

Mitteilung des Schweizer. Comités für Erez Jisroel

In einem im „Israelitischen Wochenblatt" erschienenen Brief aus Jaffa weist Dr. Mibaschan darauf hin, wie bedrückend für die Juden in Jaffa das Gefühl sei, dass ihnen offenbar die Teilnahme der ausländischen Judenheit an ihrer Not fehle, indem für

die Pogrombeschädigten bisher noch keine Gaben aus dem Auslande eingetroffen seien. Dem entgegen darf darauf hingewiesen werden, dass das Schweizer. Comité für Erez Jisroel bereits in seiner Generalversammlung vom 21. Mai beschlossen hatte, als erste Gabe 2000 Frs. für die Pogrombeschädigten in Jaffa zu überweisen. Diese Überweisung ist zur zweckentsprechender Verteilung anfangs Juli an Herbert Samuel erfolgt und bereits am Bestimmungsort eingetroffen. Ausserdem hat ja auch der Schweizer. Zionistenverband auf Antrag von Dr. Brunschwig 1000 Frs. für die Pogromopfer in Jaffa bestimmt. — Bei dieser Gelegenheit sei auch darauf hingewiesen, dass das Comité für Erez Jisroel gewillt ist, auch weiterhin den Pogrombeschädigten in Jaffa und den übrigen Kolonien Palästinas nach Möglichkeit beizustehen und dass es gerne bereit ist, auch spezielle Spenden für diesen Zweck entgegen zu nehmen.

Geldspenden nehmen alle Vertrauensmänner entgegen und können auch direkt eingesandt werden an den Zentralkassier Emanuel Goldschmidt in Basel (Postscheck-Konto V 798 Schweizer. Comité für Erez Jisroel Basel,) sowie an den Zweigsitz in Zürich: Jakob Gut (Postscheck-Konto VIII 1087 Jakob Gut). Ferner nimmt das Bankhaus Dreyfus Söhne in Basel direkte Anweisungen entgegen.

Das Schweizer. Comité für Erez Jisroel. Der Präsident: Dreyfus-Strauss, Der Sekretär: Dr. Marcus Cohn.

Zürich. Bei dem am 17. Juli stattgefundenen städtischen Turntag hat der hiesige jüd. Turnverein sich diesmal besonders ausgezeichnet; er wurde in seiner Stärkeklasse an 2. Stelle, nach dem Turnverein Fluntern, klassifiziert.

Lausanne. (Einges.) Bernhard Freudenreich, der sich dieser Tage nach Lodz begibt, führt mit sich einen Transport getragener Kleider (350 kg) für die armen Juden von Lodz mit. An der Sammlung, die in Lausanne, Vevey, Montreux, Yverdon, Neuchâtel und Baden veranstaltet wurde, machten sich besonders verdient: Michel Lazare, Isaak Brunschwig, Maurice Hertenschlag, Netter und Geismar in Lausanne und Guggenheim-Einstein in Baden.

Presse- und Verlagsnotizen.

— Die ersten einigen Aushängebogen der demnächst im Verlag „Renaissance“ Wien erscheinenden von David Erdtracht herausgegebenen deutschen Uebersetzung von Sokolows „Geschichte des Zionismus“ sind bei der „J.P.Z.“ eingetroffen.

— Im Stybelverlag ist die erste, von Joseph Lichtbaum vorgenommene hebräische Übersetzung von „Pan Tadeusz“ erschienen. Bisher liegen die 3 ersten Bücher vor.

— In Buenos Aires ist die erste Nummer einer neuen hebräischen Monatsschrift „Habimah“ erschienen, die Literatur und Kunst gewidmet ist.

— Max Brods, des bekannten bedeutenden jüd. Dichters grosses Bekenntnisbuch „Heidentum, Christentum, Judentum“, die Frucht einer 5 jährigen Arbeit, erscheint als Zusammenfassung von Brods Weltanschauung, gewissermassen die Summe seines bisherigen Lebens als Dichter wie als Politiker, demnächst im Verlage Kurt Wolff, München. Brod gelangt darin zur Erkenntnis, dass der wahre Geist jüd. Religiosität, aus den Quellen dargestellt, für Europa auch heute noch sozusagen unerforschtes Gebiet darstellt. Das umfangreiche, ca. 700 Seiten fassende Werk in zwei Bänden, bietet gleichzeitig eine Kritik der europäischen Geschichte, auch die Anregung zum neuen Aufbau.

Empfehlenswerte Firmen in St. Gallen



Fördert die gemeinnützigen Institutionen im heiligen Lande!
Spendet für das Schweizerische Komitee für Erez Jisroel!
Postcheck-Konto Basel V 708

Empfehlenswerte Firmen in Basel und Bern. 

BASEL



Hotel zum Storchen

Fein bürgerliches Haus
20 Billards .·. Orchester

Comptoir d'Escompte de Genève

Genf, Lausanne, Zürich, Freiburg, Basel
Aktienkapital und Reserven Fr. 61,000,000.—

Kapital-Anlagen

Unabhängige, sorgfältige und individuelle Beratung

Jede gewünschte Auskunft erteilt bereitwilligst
Die Direktion in **Basel.**

Bern
Rinners Wiener Cafe
Schauplatzgasse Ecke Gurtengasse



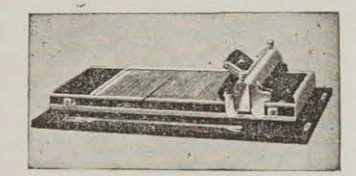
Vornehmes Familien-Cafe
Exquisite Getränke. Echte Wiener Küche. Holländische Likör-Stube.
6 Billards Gesellschaftszimmer

Amerika

Passagiere (I., II. u. III. Klasse),
die nach Amerika zu reisen beabsichtigen, erhalten bereitwilligst u. kostenlos Auskunft über beste und vorteilhafteste Ueberfahrten, sowie betr. Preise und Pässe etc. von der
Schweiz. Generalagentur
Kaiser & Cie., Basel

Absatzstockung?

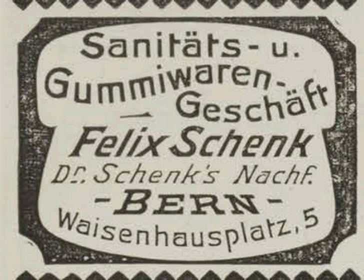
Der **NOCOVE**-Apparat liefert Ihnen stündlich



500 persönliche Propaganda-Briefe!

Verlangen Sie Offerte von der
Allgemeine Büro-Organisation A.-G., Basel
Aeschenvorstadt 4—5

Schuhhaus z. Siegfried
Inh. Sigmund Dreyfuss
Eisengasse 17 Basel
Solide und elegante
Schuhwaren
Stets Eingang v. Neuheiten



HUT- u. HERRENMODEMAGAZINE
JOS. KALLER
GERBERGASSE 48 BASEL

Streng כשר Streng
Pension Lippmann
Bern : Speicherg. 29

Stadt-Casino Basel
Café und Restaurant I. Ranges
Täglich Künstler-Konzerte
Grosse gedeckte Terrasse

Dr. Neefe, Eichele & Schlichtholz
Institut Minerva
Basel
Maturitäts- u. Hochschulvorbereitung
Basel, Eisengasse 17



Moderne Schuhe
für jeden Zweck
Schuhhaus
W. Jonas, Basel
Gerbergasse 27/29 Tel. 945

TEPPICHE
Schön, gut, billig.
Matzinger
BASEL, Steinenberg 5

MÖBEL-WERSTÄTTEN
INNENDEKORATION
August Gysi, Bern
THEATERPLATZ 6
Spezialhaus für gediegene Wohnungs-Ausstattungen.
Verlangen Sie Muster u. Vorschläge. TELEPHON 32.61